



Samstag, 12. August 2023, 13:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Der Kanzler-Vorstoß

Österreichs Regierungschef will Euro-Bargeld besser schützen — die Nachrichtenagentur Reuters wertet das als rechtsextrem.

von Hakon von Holst
Foto: Dragana Gordic/Shutterstock.com

530.000 Österreicher unterzeichneten ein Volksbegehren gegen Barzahlungsgrenzen. Nun pochte der Regierungschef auf Maßnahmen: Der Bürger brauche eine Grundversorgung mit Bargeld in

zumutbarer Entfernung und müsse sich darauf verlassen können, dass Banknoten und Münzen auch in Zukunft vom Einzelhandel angenommen werden. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete prompt, Karl Nehammer habe sich eine rechtsextreme Forderung zu eigen gemacht.

Der konservative österreichische Regierungschef (ÖVP) will Bargeld als Zahlungsmittel in Verfassungsrang erheben. Das geht aus Medienberichten und Pressemeldungen vom 4. August 2023 hervor. Weil die Menschen ein Recht auf Banknoten und Münzen hätten, wären drei Schritte notwendig, heißt (<https://services.bundeskanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien-newsletter/innenpolitik/20230804.html>) es aus dem Bundeskanzleramt:

- 1 Die verfassungsrechtliche Absicherung von Bargeld als Zahlungsmittel
- 2 Sicherstellen, dass auch weiterhin mit Bargeld bezahlt werden kann
- 3 Sicherung einer Grundversorgung mit Bargeld unter Einbindung der Nationalbank

Im September stehe ein runder Tisch mit den zuständigen Ministerien, Branchenvertretern und der Nationalbank an. Ziel sei es, die drei Punkte „bestmöglich, verhältnismäßig und rechtssicher umzusetzen“, so Nehammer.

Sozialdemokraten grundsätzlich offen

Der SPÖ-Klubobmann im Nationalrat Philip Kucher kommentierte

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230804_OT0045/spoe-klubobmann-kucher-einen-bankomaten-in-jeder-gemeinde-und-so-bargeldversorgung-garantieren-statt-plumpen-sommerlochdebatten): „Auch wenn wir hundertmal das Wort Bargeld in die Verfassung schreiben, gibt es damit keinen einzigen“ Bankomaten zusätzlich in Österreich. Es brauche ein Bargeldversorgungsgesetz, damit jeder Bürger problemlos Geld von seinem Girokonto abheben kann und „überall damit bezahlen darf“.

Mittlerweile gebe es in 450 der insgesamt 2.100 Gemeinden des Landes entweder keinen Geldautomaten mehr, oder die Kommune müsse für ihn finanziell aufkommen. Laut SPÖ erwirtschaftete der heimische Bankensektor im vergangenen Jahr einen Gewinn von 10,2 Milliarden Euro. Die Branche könne daher problemlos verpflichtet werden, in jeder Gemeinde mindestens einen Geldautomaten zu unterhalten. Das dürfe gerne in die Verfassung Eingang finden.

Ein Automat je Kommune? „Durch solche Festlegungen schränkt man auch die Möglichkeiten ein“, **findet** <https://apa.at/news/nehammer-will-bargeld-in-der-verfassung-verankern-3/>) der ÖVP-Kanzler und bleibt im Vagen. Man müsse „Freiraum lassen“.

Regierungschef mangelhaft informiert

Ein Reporter **erkundigte** <https://www.youtube.com/watch?v=6AseRYSIJIE>) sich bei Karl Nehammer, wie er zu Bargeldlimits stehe. Denn geht es nach EU-Parlament und -Kommission, muss der Bürger bald ab bestimmten Schwellen digital bezahlen. Der Kanzler: „Wir haben schon Höchstgrenzen, auch in Österreich – die liegt, glaube ich, bei 10.000 Euro. Ich halte das für eine gute Regelung.“

Tatsächlich greift in der Alpenrepublik kein Verbot für die Barzahlung. Ab 10.000 Euro muss der Händler lediglich seinen Kunden identifizieren (1), und zwar seit Umsetzung der vierten EU-Geldwäscherichtlinie. Dennoch will die EU-Kommission den Bürger zwingen, ab einem Rechnungsbetrag von 10.000 Euro die Dienste einer Bank in Anspruch zu nehmen.

Fehlender Kontext in der Berichterstattung

Die Nachrichtenagentur Reuters meldete (<https://www.reuters.com/world/europe/austrian-leader-backs-far-right-idea-enshrining-cash-constitution-2023-08-04/>) am 4. August 2023: „Österreichs Regierungschef stellt sich hinter die rechtsextreme Forderung, Bargeld in der Verfassung zu verankern (...).“ Schließlich wäre es die FPÖ gewesen, die sich jahrelang dafür eingesetzt habe. Deren Parteichef Herbert Kickl wirft dem Bundeskanzler auch gleich Ideendiebstahl vor.

Man sollte von Politikern erwarten dürfen, dass sie im Sinne des Bürgers miteinander kooperieren und ihre Befindlichkeiten und Parteiinteressen zurückstellen. 530.000 Bürger unterstützten (https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren_der_XX_Gesetzgebungsperiode/FUER_UNEINGESCHRAENKTE_BARGELDZAHLUNG/start.aspx#ergebnis) das Volksbegehren „für uneingeschränkte Bargeldzahlung“ – bei nur 6,4 Millionen Wahlberechtigten. Das war 2022.

Wird die Schwelle von 100.000 Unterstützern überschritten, muss sich der Nationalrat mit dem Anliegen befassen. 2023 begehrte (<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/A/3529>) die FPÖ im Parlament eine Volksabstimmung.

Der Bürger möge darüber befinden, ob die Verfassung ergänzt werden soll: um einen Schutz vor staatlichen Barzahlungsgrenzen, vor Einschränkungen bei der Bargeldannahme im Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie um die Garantie für eine barrierefreie Versorgung mit Banknoten und Münzen.

Die Sozialdemokraten um **Kai Jan Krainer**

(<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/UEA/1046>) im

Nationalrat und **Manfred Mertel**

(<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/BR/A-BR/382>) im

Bundesrat wollten mit einem gewöhnlichen Gesetz sicherstellen, dass die Akzeptanz von Bargeld im Einzelhandel und die Verfügbarkeit von Geldscheinen durch Bankautomaten garantiert ist.

Gemeinden in Not

Falls Bundeskanzler Karl Nehammer tatsächlich erwägen sollte, auch den Zugang zu Bargeld durch die Verfassung zu schützen, hätte er dabei eher bei der SPÖ als bei der FPÖ abgekupfert. Es war der Sozialdemokrat Andreas Kollross, der in den vergangenen Jahren von sich reden machte, wenn es um hohe Gebühren für die Bargeldauszahlung oder das Sterben der Geldautomaten ging (2).

Ende Juli 2023 **berichteten**

(https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6310351/Bargeldversorgung_SPOe-fordert-Bankomaten-fuer-alle) Medien über die Forderung der SPÖ, die Versorgung mit Bargeld sicherzustellen.

„Menschen haben ein Recht auf ihr eigenes Bargeld“, sagte Kollross.

Für die Gemeinden ist es von Interesse, dass ein Geldautomat im Ort ist. Das soll sogar der lokalen Wirtschaft zugute kommen, wenn man dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebunds

Glauben **schenkt**

<https://bargeldverbot.info/2022/03/08/gemeinden-at-automaten/#lokale-Wirtschaft>).

Für die Banken aber bedeutet Bargeld Kosten, also wird der Automat abgebaut. Spitzfindige Zahlungsdienstleister treten daraufhin an die Bürgermeister heran und bieten einen Deal an: Bankomat gegen Geld.

Die Kommune Kemeten im Burgenland zahlte dafür bislang 3.500 Euro im Jahr. In Zukunft soll sie 27.000 überweisen, sonst ist der Automat weg.

In diesem Kontext also steht die Initiative von Karl Nehammer. Der Vollständigkeit halber sei ergänzt: 2019 **brachten** <https://bargeldverbot.info/2022/03/16/bargeld-verfassung-oesterreich/>) sowohl SPÖ als auch FPÖ und ÖVP jeweils eigene Anträge in den Nationalrat ein, Bargeld in Verfassungsrang zu heben. Keiner erhielt die erforderliche Mehrheit. Damals ging es weder explizit um die Akzeptanz noch um die Verfügbarkeit von Bargeld. Die FPÖ-Variante lautete: „Die Verwendung von Bargeld unterliegt keinen Einschränkungen.“ SPÖ und ÖVP wollten diesen Satz durch Ausnahmen ergänzen.

EU-Länder dürfen Währung schützen

Die Stuttgarter Nachrichten (StN) **schreiben** <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.euro-streit-in-oesterreich-bruessel-kontert-eine-wiener-bargeld-posse.db7418fd-b540-4fa5-9fda-4310caf4fb8a.html>) unter dem Titel „Brüssel kontert eine Wiener Bargeld-Posse“, der Vorstoß von Karl Nehammer komme überraschend, „denn niemand möchte den Österreichern ihr Bargeld wegnehmen“. Den entscheidenden Zusatz erwähnte die Zeitung nicht: Bargeld als Zahlungsmittel soll von der Verfassung

abgesichert werden. Das ist ein Unterschied.

Die EU-Kommission **drängt**

(<https://bargeldverbot.info/2022/09/26/bruessel-war-on-cash/>)

die Barzahlung mit verschiedenen Maßnahmen zurück. In größeren Städten in den Niederlanden **lehnen**

(<https://nltimes.nl/2023/02/16/dutch-central-bank-says-many-retailers-refuse-cash-payments>) bereits sechs Prozent der

Einzelhändler Bargeld ab. Es spricht nichts dagegen, dieser

Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wenn sich der Bürger an eine

bargeldlose Welt gewöhnt, wird es politisch immer schwieriger, das Bargeld zu schützen. Voraussicht ist gut.

Ein **EU-Beamter**

(<https://twitter.com/MartinSelmayr/status/1687783784333066241>)

) habe den Bundeskanzler über seine nicht vorhandenen

Kompetenzen aufgeklärt, schreiben die StN weiter. Die

Zuständigkeiten würden in Brüssel liegen. Erst später erfährt der

Leser, dass die Mitgliedsstaaten dafür verantwortlich sind, die

Akzeptanz und Verfügbarkeit von Bargeld sicherzustellen, also ein

funktionsfähiges Zahlungssystem zu gewährleisten. So steht das

auch in der geplanten **Bargeld-Verordnung** ([https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-](https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-06/COM_2023_364_1_EN_ACT_part1_v6.pdf)

[06/COM_2023_364_1_EN_ACT_part1_v6.pdf](https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-06/COM_2023_364_1_EN_ACT_part1_v6.pdf)) der EU-

Kommission.

Während Brüssel seinen **digitalen Euro**

([https://bargeldverbot.info/2023/07/01/e-euro-bargeld-](https://bargeldverbot.info/2023/07/01/e-euro-bargeld-digitalisieren/)

[digitalisieren/](https://bargeldverbot.info/2023/07/01/e-euro-bargeld-digitalisieren/)) von vornherein mit möglichst universeller

Akzeptanz ausstatten will, soll zunächst weiterhin den EU-Ländern

überlassen bleiben, inwieweit sie den Schutz der Barzahlung

verwirklichen. Das **geht**

([https://bargeldverbot.info/2023/07/01/e-euro-bargeld-](https://bargeldverbot.info/2023/07/01/e-euro-bargeld-digitalisieren/)

[digitalisieren/](https://bargeldverbot.info/2023/07/01/e-euro-bargeld-digitalisieren/)) aus der Bargeld-Verordnung hervor. So gesehen ist

die Initiative von Karl Nehammer richtig. Es wäre jedoch

angebracht, dass sich der Bundeskanzler auch auf EU-Ebene dafür einsetzt, dass der digitale Euro nicht gegenüber Bargeld bevorzugt behandelt wird.

Am besten, das Parlament beschließt, nicht nur Akzeptanz und Verfügbarkeit von Banknoten und Münzen sicherzustellen, sondern auch die Regierung durch die Verfassung darauf zu verpflichten, sich auf EU-Ebene zu allen Zeiten für das Bargeld einzusetzen.

Quellen und Anmerkungen:

Einen Schatz an Informationen zum Thema finden Sie auf

www.Bargeldverbot.info/blog

(<http://www.Bargeldverbot.info/blog>) und bei

www.NorbertHaering.de/bargeld-widerstand

(<http://www.NorbertHaering.de/bargeld-widerstand>).

Auch in der Schweiz gibt es derzeit eine Verfassungsinitiative zum Schutz des Bargelds:

[https://bargeldverbot.info/2023/05/26/schweiz-abstimmung-](https://bargeldverbot.info/2023/05/26/schweiz-abstimmung-bargeld/)

[bargeld/](https://bargeldverbot.info/2023/05/26/schweiz-abstimmung-bargeld/) ([https://bargeldverbot.info/2023/05/26/schweiz-](https://bargeldverbot.info/2023/05/26/schweiz-abstimmung-bargeld/)

[abstimmung-bargeld/](https://bargeldverbot.info/2023/05/26/schweiz-abstimmung-bargeld/)).

(1) Siehe Paragraf 365o Gewerbeordnung und

[https://www.derstandard.at/story/2000055524621/barzahlunge](https://www.derstandard.at/story/2000055524621/barzahlungen-ab-10-000-euro-nur-noch-mit-nachweis)
[n-ab-10-000-euro-nur-noch-mit-nachweis](https://www.derstandard.at/story/2000055524621/barzahlunge-n-ab-10-000-euro-nur-noch-mit-nachweis)

([https://www.derstandard.at/story/2000055524621/barzahlunge](https://www.derstandard.at/story/2000055524621/barzahlunge-n-ab-10-000-euro-nur-noch-mit-nachweis)
[n-ab-10-000-euro-nur-noch-mit-nachweis](https://www.derstandard.at/story/2000055524621/barzahlunge-n-ab-10-000-euro-nur-noch-mit-nachweis)).

(2) Siehe etwa

[https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5952772/Automaten-](https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5952772/Automaten-von-Drittanbietern_An-fast-jedem-fuenften-Bankomaten)
[von-Drittanbietern_An-fast-jedem-fuenften-Bankomaten](https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5952772/Automaten-von-Drittanbietern_An-fast-jedem-fuenften-Bankomaten)

https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5952772/Automaten-von-Drittanbietern_An-fast-jedem-fuenften-Bankomaten) oder https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/727/imfname_934534.pdf

https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/727/imfname_934534.pdf) oder https://www.parlament.gv.at/suche?VTS_01searchType=all&VTS_01searchScope=all&VTS_01search=kollross+bankomat (https://www.parlament.gv.at/suche?VTS_01searchType=all&VTS_01searchScope=all&VTS_01search=kollross+bankomat).



Hakon von Holst, Jahrgang 1999, ist Journalist und Lektor. Sein Herz hängt an der Natur, an Musik, Poesie und Gesang. Seit 2019 engagiert er sich für die Zukunft des einzigen etablierten freien Zahlungssystems: Bargeld. Seine Recherchen mündeten in mehr als 80 Publikationen. Schon als 11-Jähriger informierte er in einem eigenen Newsletter über die Proteste rund um Stuttgart 21. Heute lebt er im Südwesten Deutschlands in Nähe zur Schweiz. Weitere Informationen unter hakonvonholst.de (<http://hakonvonholst.de>).